



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Cleinow, George: Russische Briefe

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Russische Briefe

Von George Kleinow

St. Petersburg, den 3./16. April 1914.



Es wird hier viel von Krieg und Kriegsmöglichkeiten gesprochen. Nur in den amtlichen Kreisen will man nichts davon hören: Herr Goremykin, der Ministerpräsident, scheint den Standpunkt einzunehmen, daß man ihn ebensowenig für die Haltung der russischen Presse verantwortlich machen dürfe, wie Herrn von Bethmann für gelegentliche Unarten der Deutschen; an der Sängerbücke wieder verteidigt man sich mit dem Hinweis darauf, die russische Presse sei zurzeit durchgehends oppositionell gestimmt und mache der Regierung Schwierigkeiten auf Gebieten, auf denen diese ihr nicht beikommen könne. Solchen geringen Auffassungen von der Allmacht der Regierung widersprechen Tatsachen, wie solche, die die Regierung überall dort rücksichtslos zugreifen läßt, wo sie Wert darauf legt, ihre Autorität durchzusetzen. Dieser Widerspruch gibt dem russischen Vorgehen einen zweideutigen Charakter und muß bei uns Ausländern Mißtrauen gegen die amtlichen Versicherungen und beschwichtigenden Äußerungen führender Staatsmänner in Privatgesprächen wecken. Aber mehr noch: die Zurückhaltung der Zentralstelle gegenüber der Presse muß auch die Regierungsvertreter im Auslande verwirren, denen es unmöglich entgehen kann, wie einmütig die russische Presse die Feße in einer bestimmten Richtung betreibt und denen es kaum unbekannt geblieben ist, daß die Regierung mit der Presse keine großen Umstände macht. Vielleicht beleuchtet eine Erinnerung aus der Vorgeschichte des Balkankrieges von 1877/78 die Gefährlichkeit des in Petersburg beliebten Spiels. Ich entnehme sie einer Denkschrift des russischen Finanz-

ministers Neutern aus dem September 1877, die kürzlich veröffentlicht worden ist und die die Umstände kennzeichnet, die schließlich zum Ausbruch des Krieges gegen die Türkei führten\*).

Neutern schreibt: „Unsere Vertreter im Orient sahen (unter dem Einfluß der Presseäußerungen und von Privatbriefen aus Hofkreisen: G. Cl.) die Zirkularnoten und Anweisungen der Regierung lediglich als eine Formalität an, die nicht die wirklichen Absichten der Regierung wiedergab . . ., es wurde alles nur als eine notwendige Maske angesehen, die die Eroberungslust verhüllen sollte. Ich bin durchaus überzeugt, daß der Kaiser . . . bis zur Mitte des Jahres 1876 den aufrichtigsten Wunsch hatte, die Sache zu einem friedlichen Ende zu führen . . ., dasselbe glaube ich von Gortschakow, wenn auch in geringerem Maße . . . Wenn der Kaiser mit mir sprach, so geschah es mit vollster Offenheit, aus der Seele heraus. Zweifellos wäre es möglich gewesen, die slawophile Agitation nicht bis zu dem Umfange anschwellen zu lassen, den sie um die Mitte des Jahres 1876 angenommen hatte . . . Es lag die volle Möglichkeit vor, den Zeitungen Einhalt zu gebieten und auf diese Weise die Verbreitung der Agitation im Publikum und im Volke zu verringern . . . Ich bin niemals ein Befürworter der Unterdrückung der Presse gewesen und habe weder zur Verteidigung meiner Maßnahmen noch zum Schutze meiner Person zu diesem Mittel meine Zuflucht genommen. Jedes System muß aber folgerichtig sein; wenn eine Regierung, welche die Presse wegen ihrer Abneigung gegen die klassische Bildung verfolgte, sie nicht daran hinderte, den Krieg gegen die Türkei, England und Österreich zu predigen, so konnte man daraus nur den Schluß ziehen, daß diese Regierung selbst auf den Krieg lossteuere und die Sympathie des Volkes für ihre Offensivpolitik gewinnen wolle. Mit einem Wort, nur bei Fahrlässigkeit von seiten der Regierung konnte die Agitation solchen Umfang annehmen, wie es schließlich der Fall war.“

Diese vor siebenunddreißig Jahren von dem russischen Staatsmanne niedergeschriebenen Sätze sind wörtlich, nur mit Austausch der entsprechenden Namen, zur Kennzeichnung der heutigen Lage zu verwenden. Die Parallele stimmt bis in Einzelheiten auf den jetzigen Leiter der russischen auswärtigen Politik sowohl, wie auf die Stimmungen am Hofe. Wie 1876 Fürst Peter Andrejewitsch Wasjemski in seinen Briefen vor dem herausziehenden Chauvinismus warnte und die Zeitungsmache auf eine kleine Clique von einem halben Duzend Personen

\*) Setzt auch deutsch erschienen in: Die finanzielle Sanierung Rußlands nach der Katastrophe des Krimkrieges 1862 bis 1878 durch den Finanzminister Michael von Neutern, herausgegeben bei Georg Reimer, Berlin 1914, und mit einer biographischen Skizze versehen von W. Graf Neutern—Baron Rolten. Ein höchst beachtenswertes Dokument zur Erkenntnis der Regierungszeit sowie der Persönlichkeit Alexanders des Zweiten!

zurückführte, so erhebt jetzt Fürst Wladimir Petrowitsch Meschtscherski seine Stimme. Aber wie jener, umsonst. Die Agitation ist längst aus der Presse in die höheren und höchsten Kreise gedrungen und ihr Ziel ist die Person des Zaren. „Dem Kaiser ist jede Agitation zuwider. Eifersüchtig behütet er seine selbstherrliche Gewalt vor jeder Einmischung. Nur in diesem einzigen Falle verbot und hemmte er nicht. Hierdurch entstand ein Zwiespalt zwischen der offiziellen Politik und den angeblichen Absichten, von denen sich das hiesige und das ausländische Publikum nach äußeren Anzeichen eine Meinung bilden konnte. Man nahm an, daß der Kaiser durch seine offizielle Politik gebunden sei, daß er aber tatsächlich die slavjanophilen Ideen teile und einen Krieg wünsche.“

So schrieb Reuters 1877 von Alexander dem Zweiten. Heute geht durch die Petersburger Gesellschaft die Rede, Nikolaus der Zweite habe sich zwar 1912 geweigert, seine Soldaten marschieren zu lassen, jetzt aber — er ist nach Livadia abgereist — sei er bereit, auch die Armee an der Führung der auswärtigen Politik teilnehmen zu lassen.

Als einen sicheren Beweis dafür steht man den Umstand an, daß auch Hofkreise sich an der Agitation zugunsten militärischen Eingreifens in die Politik beteiligen.

„Möglichen Impulsen,“ fährt Reuters fort, „seien die Hofkreise schwerlich zugänglich und würden sich diesen Stimmungen schwerlich hingeben, wenn sie glaubten, daß es dem Kaiser nicht gefalle.“ Das Beispiel der dem Hofe nahestehenden Personen, so wenig ihrer auch sein mögen, hat einen ungeheuern Einfluß auf die Stärkung der Agitation: „Die einen folgten einfach der Mode, den anderen machte es Vergnügen, über die Politik der Regierung offen zu schimpfen, da sie annahmen, daß es in diesem Augenblick nicht gefährlich sei, womöglich gar gefalle . . .“

Ein Unterschied gegen die achtzehnhundertsebziger Jahre besteht gegenwärtig aber doch. Waren damals die Finanzen Rußlands völlig zerrüttet, so befinden sie sich heute in recht gutem Zustande und — Frankreich gewährt unter bestimmten Voraussetzungen unbeschränkten Kredit. Auch aus diesem Grunde fühlt sich die heutige Bureaucratie schon wieder als Herr im Lande, und zwar so sehr, daß der Gedanke, die Duma aufzulösen und bis auf weiteres keine neue einzuberufen, ganz offen ausgesprochen wird. Das, was von den Reformen von 1905 unbedingt beibehalten werden soll, ist der erweiterte Reichsrat und die Finanzkommission, zu deren Vorsitzendem Graf Witte noch kurz vor seiner Reise nach Paris ernannt worden ist. Es ist die Frage aufgetaucht, ob es sich empfiehlt, die Finanzkommission überhaupt mit weiteren Befugnissen auszurüsten, das heißt, an die Stelle des bisher selbstherrlichen Finanzministers eine

Kommission zu setzen. Zwei Fliegen sollen mit dieser Klappe erlegt werden: dem Auslande, aber auch dem russischen Volke soll gezeigt werden, daß die Bureaucratie durchaus nicht wünsche, zu den früheren Verhältnissen zurückzukehren, unter denen sie mit den Steuergroschen des Landes unkontrolliert wirtschaften konnte, und dann: der Zar scheint sich doch die Dienste des Grafen Witte sichern zu wollen; zum Ministerpräsidenten konnte er ihn, angesichts der allgemeinen Unbeliebtheit des Grafen, ja, der Mut, die gegen ihn in allen Kreisen herrscht, noch nicht wieder machen; der Posten eines Finanzministers unter Goremykin mag Witte nicht mehr begehrenswert erscheinen. So geht meine Ansicht dahin, daß die Rolle des Grafen Witte in Rußland noch nicht ausgespielt ist, so sehr auch der Schein dagegen spricht: Witte genießt in den maßgebenden Finanzkreisen in Berlin und Paris eine solche Fülle persönlichen Vertrauens, daß eine Regierung, die, wie eben die russische, ihre sämtlichen politischen Kräfte zusammenfaßt, um eine bestimmte, wenn auch noch nicht deutlich sichtbare Aufgabe durchzuführen — daß eine solche Regierung unmöglich eine Persönlichkeit wie Witte außerhalb stehen lassen kann. Für meine Auffassung von Wittes Zukunft spricht auch noch ein Umstand, den ich doch nicht unerwähnt lassen möchte: Graf Witte hat, scheinbar ohne jede äußere Veranlassung, seine Denkschrift gegen die Sjemsstwo-Organisation aus dem Jahre 1899, ein geheimes Dokument, das bisher nur in der illegalen und unvollständigen Ausgabe von Peter Struve (1901) bekannt war, in Petersburg in Buchform erscheinen lassen. Im Schluß dieser Denkschrift nun finden sich folgende Sätze: „Man kann dem Glauben huldigen, daß jeder Staat im Zuge seiner politischen Entwicklung unvermeidlich zur Konstitution, als zu einer höheren Regierungsform gelangen muß . . . Ich persönlich teile solche Anschauung nicht, aber ich verstehe sie. . . . Aber man kann auch anderer, entgegengesetzter Ansicht sein. Man kann glauben — und ich selbst bekenne mich zu dieser Überzeugung — daß die Konstitution ganz allgemein die »große Lüge unserer Zeit« ist, und daß insbesondere für Rußland mit seinen verschiedenen Zungen und Stämmen die Anwendung dieser Regierungsform die Auflösung der staatlichen Einheit bedeuten würde.“ Und Witte zitiert daran anschließend Bobjedonoszew's Wort: „Schrecklich ist es zu denken, was bei uns geschehen müßte, wenn uns das Geschick einmal das verhängnisvolle Geschenk eines — allrussischen Parlaments zuteil werden lassen sollte! Möge es niemals geschehen!\*)“

Sollte zwischen dieser ungewöhnlichen Veröffentlichung gerade zu dieser Stunde und der neuerlichen Annäherung zwischen dem Zaren und dem Schöpfer des Oktober-

\*) Graf S. J. Witte, Po powodu nepriložnosti sakonow gossjudarstwennoi shisni IV + 376 S. St. Petersburg 1914 bei Brockhaus-Grön. S. 212.

manifestes wirklich kein Zusammenhang bestehen? Nun, die Historiker werden es ja nachträglich feststellen, — dem Politiker bleibt nichts anderes zu tun übrig, als die Persönlichkeit des Grafen Ssergej Juljewitsch weiter mit Interesse zu verfolgen.

St. Petersburg, den 5./18. April 1914.

Welches sind nun die Ziele der russischen Regierungspolitik? Hat sie überhaupt solche? Tappt sie, selbst Anlehnung suchend, im Dunkeln? Liegen ihr Fragen der inneren Politik oder solche der äußeren mehr am Herzen? Ist sie eher kriegerisch als friedfertig gestimmt?

Sieht man die großen Aufgaben an, die sich die Regierung im Innern gestellt hat, die Durchführung der großen Agrarreform und, was noch weit schwieriger erscheint: die Einfügung ihrer vielfachen vorgesehenen und unvorhergesehenen Folgeerscheinungen in das Staatsleben, — ferner die Beseitigung der „schädlichen Auswüchse“ der Volksvertretung, so sollte man meinen, sie hätte gar keine Zeit mehr, sich an den Fragen der auswärtigen Politik aktiv zu beteiligen. Aber das wäre blasse Theorie. Gerade die innerpolitischen Schwierigkeiten, gerade die Sorge um den Bestand der Selbstherrschaft, um die Entwicklung der Arbeiterfrage in Land und Stadt, um die Schule, — gerade die vielfachen Nationalitätenprobleme drängen die Bureaucratie zu dem Versuch, wenigstens auf solchen Gebieten Lorbeer zu pflücken, auf denen die prinzipiellen Fragen des Staatsorganismus nicht berührt werden, also in der auswärtigen Politik.

Die Richtung der auswärtigen Politik Rußlands? Die großen durch Jahrhunderte weisenden Linien werden gegenwärtig ebenso wie früher festgehalten, weil sie sich geradezu mit Schicksalsgewalt auch dem schwächsten russischen Staatsmann aufdrängen. Übrigens liegt hier das Geheimnis des russischen Wachstums! Aber darum handelt es sich für uns jetzt nicht. Die Aufgabe des Tages ist durchaus bedingt durch die Stimmung im Innern, und die fordert unter allen Umständen einen sichtbaren Sieg über den deutschen Einfluß, und sei es selbst um den Preis einer würdelosen Abhängigkeit von Frankreich und England. Die Bureaucratie muß den einheimischen Agitatoren zeigen, daß sie absolut unabhängig vom deutschen Einfluß ist. Sie muß deshalb in der Frage der deutschen Militärmission unter Liman-Sanders eine geradezu krankhafte Empfindlichkeit zeigen, sie muß gegen die Lustschiffer in Perm mit einer an Grausamkeit streifenden Strenge verfahren (wobei ich Herrn Berliner durchaus nicht von Fahrlässigkeit freisprechen will — aber es handelt sich tatsächlich nur um Fahrlässigkeit, nicht um Spionage!), die Bureaucratie muß in den offiziellen, auch von Privatunternehmern besetzten Sitzungen, in

denen über Seeres- und Eisenbahnbedarf gesprochen wird, energisch betonen: keine Aufträge an Deutschland! ohne sich deshalb graue Haare darüber wachsen lassen zu brauchen, ob eine solche Parole praktisch überhaupt durchführbar ist. Sie muß schließlich die scharfe Agitation gegen den Handelsvertrag mit Deutschland dulden, um die Gedanken von den Fragen der inneren Politik abzulenken, und es ist vielleicht nicht einmal ein Zufall, daß es gerade einer jener Nationalökonomien, die Graf Witte herangebildet und seinerzeit geschickt in der internationalen Presse benutzt hat, daß es Herr Professor Goldstein ist, der als Rufer im Streit gegen den deutschen Handelsvertrag an der Spitze steht. Herr Esafonow wäre nicht der hervorragende Staatsmann und Diplomat, wenn er solche Stimmung nicht nach Kräften benutzen wollte, ohne daß deshalb seine persönliche Loyalität Deutschland gegenüber und seine aufrichtige Friedlichkeit auch nur eine Sekunde bezweifelt zu werden bräuchte.

Außerdem liegt die Frage, die ich schon am 1./14. April in meinem Brief (Grenzboten Nr. 17, S. 151) gestreift habe, die Frage, ob eine Macht wie das Deutsche Reich sich, ohne empfindlichen Schaden für sein Ansehen befürchten zu müssen, die Verwendung als Blitzableiter fremder Stimmungen über ein gewisses Maß hinaus wird gefallen lassen dürfen. In jedem Falle möchte ich meinen Landsleuten peinlichste Aufmerksamkeit allen innerrussischen Vorgängen gegenüber empfehlen, auch wenn sie weder direkt noch indirekt ein Interesse für uns zu haben scheinen. Aber ohne Empfindlichkeit, ohne Gereiztheit! Die Beantwortung der Frage, was aus der innerrussischen Krise mit ihren Ausstrahlungen wird, oder auch nur werden kann, möchte ich einigen Untersuchungen vorbehalten, die sofort nach meiner Rückkehr in Angriff genommen werden sollen. Die russische Bürokratie scheint es heute selbst noch nicht zu wissen; aber man muß ihr zugestehen, daß sie nicht unter der Devise des verderblichen Nitschewo arbeitet: sie ist emsig bemüht, Heer und Finanzen und Stimmung so zu gestalten, daß sie im gegebenen Augenblick da wird zugreifen können, wo es ihr von ihrem besonderen Standpunkt aus nützlich erscheinen mag.

